

Ausschüsse ziehen in Sachen Garzweiler II Sachverständige hinzu

In öffentlicher Sitzung haben die Mitglieder des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung (Vorsitzender Klaus Strehl, SPD) sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Vorsitzende Hannelore Brüning, CDU) am 28. November Wissenschaftler und Sachverständige des Wuppertal Instituts, der Basler Prognos AG und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Berlin) zu energiepolitischen Fragen im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau Garzweiler II zu Wort kommen lassen. Einbezogen in die Sitzung war der CDU-Antrag „Garzweiler II ist energiepolitisch und energiewirtschaftlich nach wie vor notwendig!“ (Drs. 12/2488).

„Die drei Gedankenskizzen sind in ihrer Zielrichtung nicht immer identisch“, erklärte Klaus Strehl (SPD) zu Beginn. Darum habe die SPD-Fraktion den Antrag zu dieser Sitzung gestellt, um die Wissenschaftler hinzuzuziehen und aufgrund ihrer Statements die Entwicklung des Energiebedarfs und die Notwendigkeit von Garzweiler II zu erörtern.

Wissenschaft gibt Entscheidung an die Politiker weiter

energie- und strukturpolitische Entscheidungen zu kompensieren. Henricke abschließend: „Der Verzicht ist für die RWE (den Betreiber) betriebswirtschaftlich zumutbar und für Nordrhein-Westfalen nicht nachteilig.“

Wenn man, wie Prognos das getan habe, die Rahmenbedingungen der Wuppertaler Gedankenskizze unter die Lupe nehme, dann sei festzuhalten, daß man dort das Wirtschaftswachstum als zu gering und den Rückgang beim Stromverbrauch als zu hoch angesetzt habe. Dabei betonte der Prognossprecher Konrad Eckerle ausdrücklich, daß sich die Wuppertaler Schätzung zwar am unteren Rand, aber noch in der Bandbreite der Prognosen bewege. Al-

der politischen Entscheidung bleibe, wie weiter verfahren werde. Die Wuppertaler gingen sicherlich vom unteren Rand aus, „aber sie liegen nicht jenseits von Gut und Böse“, wie er anmerkte. Es gebe zu viele Unsicherheiten, die Bandbreite der wirtschaftlichen Entwicklung liege zwischen 1,5 und 2,5 Prozentpunkten pro Jahr; es könne sich besser, aber auch schlechter entwickeln. Darum habe es keinen Sinn, sich nur am unteren Rand zu bewegen, zumal wenn man „sehr am unteren Rand“ den Stromverbrauch einschätze. Dennoch sei es richtig, von einer sehr verhaltenen Entwicklung des Stromverbrauchs auszugehen, merkte Ziesing an und richtete das Augenmerk auf die Entwicklung des Stromimports bei einem freigegebenen europäischen Markt. Außerdem drängten verstärkt Erdgaskraftwerke auf den Stromerzeugungsmarkt, sie würden zunehmend auch in der Grundlast wettbewerbsfähig.

In der anschließenden Fragerunde der Abgeordneten wollte Gerd Mai (GRÜNE) wissen, ob es zutrefte, daß es eine große Unsicherheit bei der Einschätzung der Entwicklung bei der Bruttostromerzeugung in Nordrhein-Westfalen gebe und daß die Annahmen von 1991 bis 1995 heruntergefahren worden seien. Dr. Manfred Busch, parlamentarischer Geschäftsführer der GRÜNEN, sah keine andere Lösung als zu warten, bis gesicherte Daten vorlägen. Der Braunkohle attestierte er bei einer veränderten Energiepolitik, etwa nach Einführung einer CO₂-Steuer, daß sie davon stärker als andere Energieträger betroffen sei. Das Wuppertal Institut stützte dies mit der Aussage, mit einem Verzicht auf Garzweiler II könnten die CO₂-Emissionen um maximal 42 Prozent gesenkt werden.

Bodo Hombach (SPD) erkundigte sich, ob das Wuppertal Institut den Rückgang bei der Förderung heimischer Steinkohle einbezogen habe und wie diese Lücke geschlossen werde – von Importkohle oder durch aus Frankreich importierten Atomstrom? Und wie man die Auswirkungen der Verstromung von Importkohle auf das Klima einschätze? Er habe den Eindruck, die Prognosen über die Deckung des künftigen Strombedarfs seien alle nicht „belastbar“. Sein Fraktionskollege Dr. Bernd Brunemeier konstatierte zur Sicherheit von Energiebedarfsprognosen „eine Flut von Nichtwissen“; da stelle sich die Frage nach der Solidität wissenschaftlicher Aussagen.

Für die CDU gab Werner Stump seinen Eindruck wieder, man habe in der Sitzung einen „bunten, großen Strauß von Annahmen“ gesehen und die Politik damit allein gelassen. Er drückte seine Überzeugung aus, daß die Entscheidung über den Tagebau jetzt, und nicht erst im Jahr 2005, wenn die Prognosen vielleicht sicherer seien, zu fallen habe. Er sei der Auffassung, daß es den Marktkräften überlassen werden könne, welcher Primärenergieträger sich durchsetze. „Wir müssen auf eine preiswerte und sichere Energie Wert legen“, meinte Stump. Sein Fraktionskollege Christian Weisbrich gestand, er sei nach Abschluß der dreieinhalbstündigen Sitzung genauso ratlos wie zuvor, „nur auf einem höheren Niveau“, wie er ein wenig ironisch hinzufügte. Und SPD-Sprecher Hombach brachte die Erfahrung mit der Wissenschaft auf den Nenner, die Politiker seien „einsam“ geblieben.



Zu Beginn seines Beitrags machte Professor Dr. Peter Henricke vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie auf das Kernproblem aufmerksam: Es gehe um die Entscheidung in einem langfristigen Energieprojekt zu einer Zeit, „wo Prognosen so unsicher sind wie nie zuvor“. Er nannte einige Unsicherheitsfaktoren wie die Langzeitprognosen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Strombedarfs, die Auswirkungen der EU-Binnenrichtlinie Strom, die die Gebietsmonopole aufhebe und mehr Wettbewerb bringe sowie die rascher als vorhergesehene Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Daraus zögen die Wuppertaler den Schluß, daß diese Faktoren „das Risiko für Garzweiler II mehr hervorheben als die Chancen“. Wenn das so sei, dann, so versicherte Henricke, bedeute das keinesfalls einen Ausstieg aus der Braunkohle, denn bis zum Jahr 2015 bleibe es sozusagen beim alten; „es gibt keinen Fadenriß, alle nötigen Innovationen können umgesetzt werden“, betonte er. Werde Klimaschutz im ausgehenden Jahrhundert mit der angestrebten CO₂-Reduzierung ernst genommen, „hat Garzweiler unter realistischen Bedingungen keine Chance“. Die mit dem Verzicht verbundenen Nachteile seien durch

Sie standen als Sachverständige im Mittelpunkt der Fragen von Seiten der Ausschußmitglieder (v.l.): Peter Henricke, Manfred Fischedick, Stefan Lechtenböhrer (alle Wuppertal Institut), Konrad Eckerle (Prognos AG) und Hans-Joachim Ziesing (DIW Berlin). Foto: Schälte

lerdings hätten die Wuppertaler bei der Heranziehung von Studien auf solche verzichtet, die ihrerseits die Aussagen der Prognos AG stützten. Eckerle: „Bei der Stromverbrauchsprognose fühle ich mich in guter Gesellschaft“; man habe sich nicht „reich gerechnet“. So beziffere das Wuppertal Institut den Stromminderbedarf für das Jahr 2020 gegenüber dem Energiereport II auf 88 Terrawattstunden; das sei deutlich überschätzt. Und bei Wirtschaftswachstum gehe Wuppertal von einer Quote von 1,6 Prozent aus, während andere Institute bei der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes eine Quote über zwei Prozent annehmen.

Dr. Hans-Joachim Ziesing vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung forderte mit Blick auf die Gedankenskizze, die Bandbreite der Prognosen nicht zu klein zu halten. Für die Entscheidung über Garzweiler II gebe die prognostische Voraussage zur Zeit nicht genug her, so daß es eine Frage